

UN III KRAUT 3

Zeitung der Grünen & Alternativen Student*innen Bochum

**Wir geben
euch
Saureres**

GRAS



Grüne & Alternative Student*innen Bochum

WE WANT TO BE FREE

Drei Jahre ist es inzwischen her, dass die rot-grüne Landesregierung Bildung mit dem neuen Hochschulzukunftsgesetz zu gestalten versuchte. Viele progressive Veränderungen gingen von dem Gesetzestext aus. Die Universitäten sollten gleichberechtigter werden, sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen den Statusgruppen. Die Studierenden sollten ihr Studium mit den neu eingeführten Studienbeiräten selbst gestalten. Sie sollten durch die Abschaffung der Anwesenheitspflicht freier werden, ein Gedanke, der ironischerweise im schwarz-gelben Hochschulfreiheitsgesetz fehlte. Die Universitäten sollten mit der Einführung einer Zivilklausel friedlicher werden.

Zurück aus der Zukunft

Dass Studiengebühren vom Tisch sind und nicht mehr wiederkommen, war für die letzte Landesregierung eindeutig. Auch in der Professor*innenschaft verstand man nicht, warum wir Studis darauf beharrten, eine erhebliche Stimme bei der möglichen Wiedereinführung zu bekommen. Heute aber sind sie wieder auf dem Tisch, festgelegt durch den Koalitionsvertrag der Landesregierung. Die Studiengebühren betreffen Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland und sollen 1500 € pro Semester betragen. Als Folge dessen wird NRW als Standort für kulturellen Austausch im Studium unattraktiv, im schlimmsten Fall wird ausländischen Studierenden die Möglichkeit verbaut, zu uns zukommen. Mit Mehreinnahmen aber ist kaum zu rechnen.

Diese sollen jetzt auf einem ganz anderen Weg erreicht werden: Militärforschung, die durch die Zivilklausel im letzten Hochschulgesetz ausgeschlossen wurde, soll an die NRW-Unis zurückkehren. Als GRAS stellen wir uns deutlich dagegen, den studentischen kulturellen Austausch durch sinnlose Gebühren zu erschweren oder in vielen Fällen sogar ganz zu verhindern. Auch ist es für uns ein NO-GO, dass Forschung an zivilen Universitäten zu militärischen Zwecken durchgeführt werden soll.

Die Freiheit nehm' ich dir

Die Freiheit, selbst das beste Angebot zu wählen, wird durch einen Konsumzwang unterbunden. Der Markt wird verzerrt. Ein Horrorszenario für alle liberalen FDP-Wähler*innen. Trotzdem hat eine Regierung mit Beteiligung der marktradikalen Partei genau dies wieder salonfähig gemacht: Die Anwesenheitspflicht soll wieder an die Universitäten kommen.

Die Geschichte der Abschaffung der Anwesenheitspflicht an der RUB ist bewegt. Mit der Gesetzesänderung im September 2014 wurde die Anwesenheitspflicht in Seminaren weitgehend verboten. An der RUB fiel das etwa einen Monat später auf. Verzweiflung und Chaos wurden groß. Das war schließlich nicht vorherzusehen! Keiner hatte davon gewusst! Woher sollte man als Universitätsdozent*in auch wissen, was im neuen Hochschulgesetz steht? Und schon versuchte es das damalige Rektorat mit Ausnahmen. Ein Übergangsemester wurde ausgerufen, in dem die Anwesenheitspflicht im Wesentlichen noch gelte. Dass das Rektorat nicht das Recht hat,

Gesetze aufzuheben interessierte die wenigsten Dozierenden. So holprig wie der Prozess begann, ging er weiter. Heute, einen Anwesenheitspflichtsmelder, viele Streits in den Gremien und einen Aufruf durch einen Professor der RUB, das Gesetz in „zivilem Ungehorsam“ zu ignorieren später gibt es immer noch Probleme. Noch heute, drei Jahre nach dem Verbot der Anwesenheitspflicht, gibt es viele Dozent*innen, die die Studierenden weiterhin illegal zur Anwesenheit verpflichten.

Und jetzt ist es vorbei. Die Ministerin kündigt an, man wolle den Universitäten wieder die Freiheit geben, ihren Studierenden eben diese zu nehmen. Und aus der Geschichte der Anwesenheitspflicht können wir schon herleiten, dass die Universität versuchen wird, dies zu nutzen.

Als Liste GRAS werden wir für euch um euer Recht kämpfen, selbst zu entscheiden, welche Seminare eure Zeit wert sind! Wir werden alles tun, um die aktuellen Regelungen beizubehalten.

NC durch die Hintertür

In den letzten zwei Jahren haben viele Studiengänge einen Numerus Clausus eingeführt und zwar bei vielen Bachelor, besonders aber bei Masterstudiengängen. Warum? Klar, die Anzahl der Studierenden an der Uni wächst weiterhin jährlich, mehr als bei allen anderen Unis in NRW, daher muss die Anzahl der Studienplätze begrenzt werden, richtig? Falsch! Zumindest in vielen Fällen.

Der NC wurde in den meisten Fächern aus einem anderen Grund eingeführt: Berechenbarkeit. Durch den NC weist man aus, ein bestimmtes Kontingent an Studienplätzen bereit zu stellen. Ein Kontingent, das fest in Zahlen fixiert ist und anhand dessen man die Summe der fließenden Programmmittel bestimmen kann. Ein immer kleinerer Teil der Hochschulfinanzierung läuft nämlich über den Landeszuschusshaushalt, der den Universitäten frei zur Verfügung gestellt wird. Mit Hochschulpaktmitteln, Landesmasterprogramm, Qualitätsverbesserungsmitteln und wie sie alle heißen kommt immer mehr zweckgebundenes Geld an die Hochschulen. Und um das abzurufen, braucht man die feste Kontingentberechnung und damit – wo hatten wir noch angefangen – den NC.

Als Liste GRAS stellen wir uns entschieden gegen die Erschwerung der Zugangsbedingungen aus ökonomischem Kalkül!

Lokal reagieren, landesweit protestieren

Wir wollen euch nicht nur Versprechungen machen, wir haben auch einen Plan. Militärforschung, Anwesenheitspflicht, Studiengebühren, NC-Grenzen, all das muss an der Uni beschlossen werden. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass wir hier ein erhebliches Mitspracherecht haben. Jetzt ist es Zeit, dieses zu nutzen, um all die Punkte abzuwenden.

Gleichzeitig rufen wir euch dazu auf, mit uns zu protestieren! Demonstrationen gegen Studiengebühren haben bereits begonnen und auch zu den anderen Themen müssen wir von der Politik gehört werden! Unterstützt uns und seid laut mit uns, denn gemeinsam können wir die Ziele erreichen!

CHANGE THE SYSTEM NOT THE CLIMATE!

Als GRAS wollen wir darüber aufklären, dass unsere Art zu leben dazu führt, dass viele hundert Millionen Menschen auf diesem Planeten leiden müssen. Unser Ziel ist es nicht, dass wir uns alle einschränken müssen, sondern wir wollen das Gute Leben für alle Menschen! Und beginnen werden wir damit an der Ruhr-Uni.

Öko und logisch

Als GRAS wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, damit die Campusmodernisierung ein ökologischer Erfolg wird. Die RUB muss ihr ganzes technisches Wissen einsetzen, um die Energie- und Wärmenutzung auf erneuerbare Quellen umzustellen.

Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf der vollständigen Beseitigung aller Giftstoffe wie PCB gelegt werden. Es ist extrem wichtig, dass niemand an der Ruhr-Uni gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt wird. Der graue Betonklotz Ruhr-Uni ist viel grüner als alle denken. Der Botanische Garten ist nur eines von vielen Highlights. Als GRAS wollen wir aber noch mehr Bäume, Gewässer, Wiesen, Blumen und kleine Biotope auf dem Campus.

Tierleid verhindern

An der Ruhr-Uni finden in mehreren Studiengängen immer noch Versuche an Tieren statt. Dabei gibt es in allen Fällen Alternativen zum Tierleid. Als GRAS wollen wir, dass die RUB einen Lehrstuhl zur Erforschung von Alternativen zu Tierversuchen einrichtet. Dort kann dann die Alternativenforschung schneller vorangetrieben werden. Besonders in der Lehre sind Tierversuche nicht zu rechtfertigen; deswegen müssen sie sofort eingestellt werden!

In den vergangenen zehn Jahren ist die Anzahl der Vegetarier*innen und der Veganer*innen rapide angestiegen. Immer mehr Menschen möchten keine Tiere mehr essen. Glücklicherweise hat die Grüne Hochschulgruppe vor acht Jahren durchgesetzt, dass es auch in der Mensa hier an der Ruhr-Uni vegane Angebote gibt. Es gibt nämlich einen ganz großen Vorteil: vegan können fast alle essen; Menschen, die eben keine tierischen Produkte zu sich nehmen wollen, Menschen, die gläubige Muslim*innen sind, viele Alergiker*innen und Fleischesser*innen natürlich auch.

Wir möchten aber niemandem ihr*sein Schnitzel wegnehmen und durch einen Apfel ersetzen. Als GRAS wollen wir, dass die Auswahl für alle Menschen groß ist.

Die Uni in vollen Zügen genießen

Jetzt drehen wir völlig durch! Wir wollen einen Cannabis-Shop auf dem Campus. Und wir wissen sogar, wie das umgesetzt werden kann. In den vergangenen Jahren wurde Cannabis in vielen Ländern und Regionen legalisiert. In Teilen der USA, in Portugal und in Uruguay - auch in den Niederlanden wird deswegen niemand verfolgt. Aber auch heute gibt es schon Möglichkeiten. Es kann eine Ausnahme erteilt werden, wenn das Projekt wissenschaftlich begleitet wird. Wo ist das besser möglich als an einer Uni?

In Deutschland ist legaler Cannabiskonsum nur in wenigen medizinisch begründeten Ausnahmen möglich. Es gibt also erheblichen Aufholbedarf. Wir streiten für eine Freigabe für alle, aber wir sitzen eben nicht im Bundestag. Durch die Ausnahmeregelung einer wissenschaftlichen Begleitung könnte die Ruhr-Uni damit Vorreiterin in der Cannabisforschung werden.

Wir wollen, dass die Studierendenschaft einen Cannabis-Shop betreibt, begleitet von Mediziner*innen, Biolog*innen, Psycholog*innen und vielen mehr. Und was ist schon das Ausfüllen eines anonymen Fragebogens, wenn ihr dafür die Uni endlich in vollen Zügen genießen könnt?



FIGHTING EVERY HATE

Feminismus - ist das nicht so ein Schimpfwort? Und haben wir nicht heute überall Gleichberechtigung? Tja, leider nein. Und auch die Uni ist vor Sexismus und anderen Formen geschlechtsbezogener Diskriminierung nicht geschützt. Auch an der Uni verdienen Frauen* in der Regel weniger als ihre männlichen Kollegen, haben schlechtere Chancen auf Promotionen und Professuren und sind stattdessen eher im wissenschaftlichen Mittelbau vertreten. Aber das ist eigentlich nur die Spitze des Eisbergs. Feminismus fängt bei jeder*m Einzelnen an: Ein Kommilitone macht einen homophoben Kommentar und keine*r sagt etwas dagegen. Eine Kommilitonin schmiert einen transfeindlichen Kommentar auf die Toilette. Im Seminar wird die Diskussion eigentlich nur von den männlichen Teilnehmern geführt und weibliche Perspektiven werden unbeachtet gelassen. Oder ein Fachschaftsrat verteilt sexistische Plakate auf dem Campus. Dies sind alles Beispiele, wie manchmal auch ganz unbemerkt Diskriminierung stattfinden und Menschen ausgeschlossen werden können.

Wir wünschen uns einen emanzipatorischen Campus! Wir wollen für die freie Liebe kämpfen, jenseits von Zwängen, Scham und Rechtslosigkeit. Wir möchten, dass jede*r Studierende Respekt und Toleranz für andere aufbringt, dass sich Menschen, egal welchen Geschlechts, welcher Identität und welcher sexuellen Orientierung sicher und wohlfühlen können. Wir machen uns stark für mehr Mitmenschlichkeit, Aufklärung und Courage. Denn unser Ziel ist es, dass wir alle für andere eintreten und Diskriminierung, wo wir sie vorfinden, bekämpfen.

Antifaschismus

In Zeiten, in denen rassistische Parteien in Deutschland wieder in den Parlamenten sitzen, tagtäglich Menschen mit Migrationshintergrund angegriffen werden und der gesellschaftliche Diskurs immer weiter nach rechts rückt, ist ein konsequenter Antifaschismus eine demokratische Pflicht.

Wir dürfen den Feind*innen der Freiheit keine Möglichkeit lassen, ihr menschenfeindliches Weltbild kundzutun. Es ist schlimm genug, dass ein



Abgeordneter der AfD für einen Lehrstuhl der Ruhr-Uni arbeitet, dass ein Professor unwidersprochen rassistische Theorien verbreiten kann und dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes einem Lehrauftrag nachgehen kann. An der RUB dürfen solche Menschen kein Gehör finden.

Seit einiger Zeit versucht die rechtsradikale Gruppierung „Identitäre Bewegung“ immer häufiger, auf dem Campus Fuß zu fassen. Die menschenverachtende und rassistische Gruppe machte in der Vergangenheit europaweit Schlagzeilen mit Aktionen wie der versuchten Behinderung von Rettungsmissionen auf dem Mittelmeer - der Tod zahlreicher Menschen auf der Flucht wurde somit in Kauf genommen. An der Uni fielen die Rassist*innen, die sich überwiegend aus dem burschenschaftsnahen Umfeld zusammensetzen, bisher glücklicherweise nur durch Flugblattaktionen und rassistische Aufkleber auf. Durch eine konsequente antifaschistische Studierendenschaft schaffen wir es gemeinsam, dass Faschist*innen und Rassist*innen keine Zukunft haben weder an der Uni, noch sonst wo. Dazu wollen wir linke Initiativen und Strukturen fördern.

TEUER, TEURER, SOZIALBEITRAG

Seit einigen Semestern ist es offiziell: Der Sozialbeitrag an der RUB ist mit 316,28 € der teuerste in ganz Deutschland und es ist kein Ende in Sicht. Noch vor zwei Jahren lag der Sozialbeitrag bei unter 300 €. Schon im nächsten Semester werden es über 325 € sein!

Das hat verschiedene Gründe, denn der Sozialbeitrag besteht im Wesentlichen aus drei Teilen (Werte aus dem WS 2017/2018):

1. dem Semesterticket mit 189,38 €,
2. dem Beitrag fürs AKAFÖ mit 105 € und
3. dem AStA-Beitrag mit 21,90 €.

Die Höhe des Sozialbeitrags legt das Studierendenparlament und der Verwaltungsrat des AKAFÖ (mit den Stimmen der studentischen Vertreter*innen) fest.

Schaut man sich hier die verschiedenen Teile des Beitrags an, fällt schnell ins Auge, warum gerade das Studieren an der RUB so teuer ist.

Unser Semesterticket zählt, insbesondere nach der Preiserhöhung vor einigen Jahren, zu den teureren Tickets in Deutschland. Das AKAFÖ hat sich mit der vorletzten Beitragserhöhung zum teuersten Studierendenwerk Deutschlands gemausert und auch der AStA-Beitrag ist im Vergleich auch nicht gerade günstig.

Die Höhe des AStA-Beitrags ist eine relativ neue Entwicklung. Der AStA-Beitrag betrug relativ lange 16,50 € und war schon damit einer der teuersten in Deutschland.

Allerdings gehörten hierzu auch die durch Urabstimmung bestimmten 1,50 € für Metropolrad und der Euro für die Theaterflat. Für den AStA selbst blieben also 14 €. Dieser Wert war viele Jahre konstant, ist aber in diesem Jahr auf 19,40 € gestiegen.

Where has all our money gone?

Viele Punkte haben dazu beigetragen, dass das Haushaltsloch entstanden ist: ob schlechte Haushaltsplanung, in den Sand gesetzte Veranstaltungen, oder schlicht Fehler in der Haushaltsführung.

Seit 2012, dem Beginn der AStA-Koalitionen von NAWI, Jusos und IL mit wechselnden Partner*innen, stiegen auch trotz unserer Einwände die Aufwandsentschädigungen der Mitglieder des AStA um 65 Prozent auf über 175.000 €, während die Zahl der AStA-Referent*innen gleichzeitig sank. Ohne Genehmigung des Studierendenparlaments und ohne vorherige Änderung des Stellenplans wurde neues Personal eingestellt, die Gehälter erhöht und Stellen aufgestockt.

Damit sind auch die Personalkosten in den letzten zwei Jahren um 33 Prozent gestiegen, auf über 330.000 € pro Jahr.

Das bisschen Haushalt ...

Dass der Haushalt sich wirklich nicht von allein macht und es beim Aufstellen dessen immer wieder Probleme gibt, darüber haben wir euch regelmäßig informiert. Gerade im letzten Jahr häufen sich aber die Fehler. So mussten dieses Jahr 20.000 € an die Rentenversicherung nachgezahlt werden. Auch wurde im AStA schlicht vergessen, dass für

das letzte Jahr noch 86.000 € für Metropolrad an Nextbike gezahlt werden mussten. Stattdessen wurde das Geld anderweitig verplant. Als Konsequenz gab es zunächst einen hektischen Stopp aller Zuschüsse an die Fachschaften, verspätete Zahlungen beim eigenen Personal, Kürzungen an allen möglichen Stellen und schließlich die Erhöhung des Sozialbeitrags um insgesamt über 230.000 € und dennoch musste auf die Rücklagen der Studierendenschaft zurückgegriffen werden, die jetzt nur noch knapp die gesetzliche Mindesthöhe erreichen.

Kontrolle wäre gut ...

Der Haushaltsausschuss, der die Aufgabe hat, die Finanzen des AStA zu kontrollieren, wird von der NAWI blockiert, indem deren Mitglieder größtenteils nicht erscheinen. Außerdem ist dieses Jahr bereits zweimal ein Ausschussvorsitzender der NAWI zurückgetreten.

Nachdem wir dann den Ausschussvorsitz übernehmen konnten, wollten wir die Aufklärung weiter vorantreiben. Es scheitert aber daran, dass der AStA die nötigen Unterlagen nicht vorlegen kann.

Wenn dann einmal Unterlagen wie zum Beispiel der Nachtragshaushalt eingebracht werden, ändern diese sich jede zweite Woche, so dass keine vernünftige Prüfung möglich ist. So mussten viele Tagesordnungspunkte mehrmals vertagt werden. Über die beschlossenen Haushaltspläne hinaus lässt der AStA Transparenz in Finanzfragen deutlich vermissen. Es gibt keine Rechnungsergebnisse der letzten zwei Jahre, obwohl diese innerhalb eines Monats nach Ende des Haushaltsjahres vorliegen müssen.

Deswegen wurden auch die letzten ASten bis heute nicht entlastet.

Als GRAS werden wir für euch Klarheit in den Finanzen schaffen. Wir werden transparent und frühzeitig realistische Pläne aufstellen und verantwortungsvoll mit dem Geld der Studierenden umgehen, damit sich Fehler wie in den letzten Jahren nicht wiederholen. Trotz wiederholter Warnungen von uns, hatte man sich auf einen gefährlichen Kurs begeben und alle Studierenden müssen die Zeche dafür zahlen!



REVOLUTION: MOBILITY FOR EVERYONE

Schon heute nutzen etwa 80 Prozent von uns die öffentlichen Verkehrsmittel, das Fahrrad oder auch die alten eigenen Füße, um zur Uni zu kommen. Und noch mehr würden freiwillig auf ihr Auto verzichten, wenn es bessere Bedingungen dafür geben würde.

Jeden Morgen müssen wir kuscheln, auch mit Menschen, die wir gar nicht mögen. Manche Männer nutzen die körperliche Nähe natürlich auch gerne schamlos aus. Denn die U35 ist und bleibt völlig überfüllt. Als GRAS fordern wir verschiedene Maßnahmen, um die Situation zu verbessern.

Bei der Modernisierung der alten U35-Züge wollen wir erreichen, dass sie um ein 10 Meter langes Modul erweitert werden. Dabei arbeiten wir eng mit dem ökologischen Verkehrsclub Deutschlands sowie unserem GRAS-Mitglied im Bochumer Verkehrsausschuss zusammen. Durch diese Maßnahme könnte, in Kombination mit einer weiteren Taktverdichtung, die Kapazität in Spitzenzeiten um bis zu 260 Prozent erhöht werden. Darüber hinaus wollen wir eine bessere Busanbindung der RUB aus allen Stadtteilen in Bochum und den umliegenden Städten erreichen. Ein Parallelbus zwischen Hauptbahnhof und der Ruhr-Uni steht auch auf unserer Forderungsliste an die Stadt.

Metropolrad Ruhr ist eine Erfolgsgeschichte und muss langfristig gesichert und ausgebaut werden. Als GRAS möchten wir ein solidarisches System im ganzen Ruhrgebiet erreichen und wollen dabei mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr sowie mit dem Regionalverband Ruhr eng zusammenarbeiten. Unser Ziel ist es, dass Leihfahrräder fester Bestandteil des öffentlichen Verkehrs werden, ohne extra bezahlt werden zu müssen. Wir wollen auch weg vom Marktmonopol bei den Leihfahrrädern und fordern die Ansiedlung weiterer Unternehmen, um ein breites Angebot zu schaffen. Auch der Stationsausbau muss vorangetrieben werden.

Nicht immer kann auf das Auto verzichtet werden. Wer zum Beispiel jeden Tag aus dem Sauerland anreisen muss, hat es schwer mit dem ÖPNV zur Uni zu kommen. Im AStA wollen wir ein Mitnahmeprojekt starten, damit ihr nicht alleine im Auto anreisen müsst. Je mehr Plätze im eigenen Fahrzeug gefüllt sind, desto günstiger ist es für euch und desto besser ist dies auch für die Umwelt. Auch ein intelligentes Parkleitsystem an der RUB wird endlich gebraucht. Ergänzt werden muss das Ganze durch mehr Parkplätze für uns Student*innen. Stellplätze nur

für Beschäftigte müssen dafür sofort abgeschafft werden!

Insgesamt muss ein Mobilitätskonzept integriert gedacht werden, in dem alle Verkehrsformen klug ineinander greifen. Dazu wollen wir im AStA ein eigenes Mobilitätsreferat gründen.

Wir fordern einen besseren Nahverkehr und setzen uns im Beteiligungsprozess zum Nahverkehrsplan der Stadt für folgendes ein:

- einen 7-Minuten-Takt bei den städtischen Straßenbahnen
- einen 3-Minuten-Takt bei der U35
- die Einrichtung einer Direktbusverbindung aus dem Stadtteil Wattenscheid
- die Einrichtung einer Busverbindung von Wattenscheid über Eppendorf und Weitmar zu Ruhr-Uni
- die Einrichtung einer Busverbindung von Wattenscheid über Munscheid zur Ruhr-Universität
- eine Taktverdichtung auf der Linie 377
- eine Verbesserung auf den Linien 375 und 367 durch eine zusätzliche Fahrt pro Stunde
- eine neue Trassenführung der Linie 372, die Studiwohnheime besser an die Uni anbindet
- eine Taktverdichtung auf der Linie 320



SOCIAL JUSTICE

»Gutmensch« wieder positiv be-
setzen! Wir stellen uns klar gegen
menschenfeindliches und rassis-
tisches Denken und Handeln. Das
heißt, wir setzen uns ein für Men-
schen, die aufgrund von Krieg und
Vertreibung ihr Zuhause verlassen
mussten und ihre ganze Hoffnung
nun in Europa legen. Wer keinen
deutschen Pass hat, verfügt in die-
sem Land leider über wenige Rech-
te und umso mehr Pflichten. Dabei
können Menschen nichts dafür, wo
sie geboren wurden. Wir finden,
dass allen Menschen die gleichen
Rechte zuteilwerden sollten. Daher
treten wir ein für offene Grenzen
und eine tolerante Solidargemein-
schaft, in der niemand wegen sei-
ner*ihrer Herkunft, Hautfarbe oder
anderen vom Zufall bestimmten
Merkmalen diskriminiert oder be-
nachteiligt wird. Konkret heißt das
zum Beispiel die Forderung nach
einer Re-Finanzierung der Uni-
Deutsch-Kurse für geflüchtete Men-
schen und die Förderung kulturel-
len Austauschs auf dem Campus.

Still loving solidarity

Wir als Grüne und Alternative Stu-
dent*innen möchten uns einset-
zen für Menschen, die finanziell
benachteiligt sind, sich kaum eine
warme Mahlzeit leisten können
oder die kein Dach über dem Kopf
haben. Für Alleinerziehende, die
sich das Essen ihres Kindes in der
Schule nicht leisten können. Für
den Rentner, der in der Innenstadt
Flaschen sammeln muss. Sie alle
und viele weitere haben Respekt
verdient und unser aller Unterstüt-
zung. Auch an der Uni finden wir
viele Menschen, die (zwar in ge-
ringerem Maße, aber doch auch)
wirtschaftlich oder anderweitig be-
nachteiligt sind: 2 von 3 Studieren-
den haben einen Nebenjob, weil sie
sich das Studium sonst nicht leisten
könnten - und am Ende des Monats

ist das Konto trotzdem leer. Für
einige kommt dann noch ein Kind
dazu, um das sich gekümmert wer-
den muss und für das die Uni nicht
genügend Betreuungsmöglichkei-
ten bietet. Beides können Gründe
sein, warum ein Studium sich in
die Länge zieht. Wir setzen uns
gegen die Wiedereinführung einer
Anwesenheitspflicht ein, damit Stu-
dierende weiterhin ihr Studium an
ihre Lebensbedingungen anpassen
können - und nicht andersherum.
Dazu wäre es auch sinnvoll, die
Aufzeichnung von Vorlesungen und
Angebote im e-learning Bereich
weiter auszubauen. Für ein freies
und selbstbestimmtes Lernen!

Pressefreiheit

Eine freie Presse ist seit jeher ein
Garant für eine freie Gesellschaft.
Dies gilt im Großen wie im Kleinen.
Auf dem Campus steht es nicht im-
mer blendend um die Freiheit der
Presse. Im Frühjahr versuchten
Teile des amtierenden AStA, die
Einstellung eines FSVK-Redakteurs
bei der Bochumer Stadt- und Stu-
dierendenzzeitung (:bsz) zu verhin-
dern, weil er sich in der Vergan-
genheit kritisch über die Politik der
Studierendenvertretung geäußert
hatte. Wenn kritische Stimmen zum
Schweigen gebracht werden sollen,
ist das nicht hinnehmbar!

Um kritische Berichterstattung
möglichst im Keim zu ersticken,
wird von den Redakteur*innen der
:bsz allen Ernstes verlangt, sämt-
liche Artikel über die Politik – und
Verfehlungen – des AStA zur Zen-
sur vorzulegen. Ein solcher Um-
gang hat nichts an einer freien
Universität zu suchen! Kritik muss
dort, wo sie notwendig ist, auch
möglich sein. Ganz egal, wie un-
angenehm sie ausfallen sollte.
Solche Vorgänge kennen wir sonst
nur aus Diktaturen, nicht jedoch
aus demokratischen Verhältnissen,

die an der Uni vorherrschen sollten.
Da die :bsz neben dem Campus-Ra-
dio CT die einzige hochschulöffent-
liche Pressestimme der Studie-
rendenschaft darstellt, gleicht die
geforderte Einflussnahme des AStA
einem Skandal, der seinesgleichen
sucht.

Mit den undemokratischen Verhält-
nissen und der Behinderung der
Pressearbeit muss Schluss sein,
denn Pressefreiheit ist ein Men-
schenrecht, über das sich der am-
tierende AStA nicht so einfach hin-
wegsetzen kann.



Wir kämpfen für euch:

1. Franziska Pennekamp (SoWi)
2. Lennart Brinckmann (ITS)
3. Nina von Witzleben (Germanistik)
4. Justin Mantoan (Geschichte)
5. Jennifer Degner (SoWi)
6. Joa Szolik (SoWi)
7. Cyia Ungar (SoWi)
8. Salih Kaplan (ITS)
9. Valerie Brosch (Russisch)
10. Lukas Böhm (SoWi)
11. Mara Arnold (UTRM)
12. Leon Schmitz (ET-IT)
13. Christiane Grinda (SoWi)
14. Philipp Wolf (Geographie)
15. Liliane Viola Pollmann (Geschichte)
16. Patrick Vosen (Russisch)
17. Sama Khamis (SoWi)
18. Andreas Krischer (ITS)
19. Laura-Fee Wloka (Mathe)
20. Peter Steisel (ITS)
21. Mina Tofik (Jura)
22. René Adiyaman (Jura)
23. Nicoletta Vodentzis (UTRM)
24. Max Lucks (SoWi)
25. Ursula Dreier (Religionswiss.)
26. Burak Harun Uslu (ITS)
27. Leandra Küper (ITS)
28. Orkun Ergüzel (ITS)
29. Alexander Diek (SoWi)
30. Lokman Güvercin (Masch.bau)
31. Thomas Kienemund (ITS)
32. Julius Kötter (SoWi)
33. Marian Madeja (AI)
34. Thomas Menne (SoWi)
35. Tobias Müller (ev. Theologie)
36. Timo Spors (Geographie)
37. Richard von Pikarski (Kl. Philo.)
38. Marcel Wojzechowski (EW)
39. Felix Zentis (Mathe)
40. Sebastian Pewny (Geowiss.)

Impressum:

GRAS Bochum
Universitätsstraße 150
44801 Bochum

V.i.S.d.P.:
Franziska Pennekamp

www.gras-bochum.de

GRAS 

Grüne & Alternative Student*innen Bochum